

Fall Oury Jalloh - Oury Jalloh unvergessen

Schlussstrich in der Debatte: Sachsen-Anhalts CDU und AfD wollen Aufarbeitung des Feuertods ad acta legen. Zahlreiche Hinweise auf politische Einflussnahme



Von Susan Bonath 12.09.20

Moralische Floskeln, ein substanzloser Beschluss am Freitag: Das ist zusammengefasst das klägliche Ergebnis der Beratung des vom Landtag Sachsen-Anhalt in Auftrag gegebenen Sonderberichts zum mutmaßlichen Mord an Oury Jalloh. Der Mann aus Sierra Leone war am 7. Januar 2005 tot in einer Gewahrsamszelle des Polizeireviers Dessau-Rosslau aufgefunden worden. Mehr als 15 Jahre nach dem Feuertod des Geflüchteten und der vorangegangenen ungeklärten Todesfälle von Hans-Jürgen Rose (1997) und Mario Bichtemann (2002) im selben Polizeirevier erklärten die Regierungsparteien CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen lediglich die Absicht, die Gesetze so zu gestalten, »dass nie wieder ein Mensch im Gewahrsam der Polizei ums Leben kommen kann«. Allerdings wird es vorerst trotz brisanter Hinweise auf politische Einflussnahme auf den Ausgang der Ermittlungen keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss geben.

Einen solchen hatte die Fraktion Die Linke schon Anfang 2019 gefordert. Doch keine andere Partei unterstützte den Vorstoß, der deshalb scheiterte. Die »Kenia-Koalition« hatte da bereits die beiden Juristen Manfred Nötzel und Jerzy Montag eingesetzt. In ihrem Ende August vorgestellten Bericht rügten sie einerseits schwere Gesetzesverstöße der Polizei im Jahr 2005. So hätten die Beamten das Opfer rechtswidrig festgenommen und nicht ausreichend überwacht, keinen Richter angerufen, Beweise nicht gesichert und rassistisch argumentiert. Der Politik stellten sie auch ein schlechtes Zeugnis aus. So hätten Generalstaatsanwalt Jürgen Konrad und Justizministerin Anne-Marie Keding (CDU) das Parlament falsch informiert. Kedings damaliger Staatssekretär Hubert Böning (CDU) habe derweil mindestens versucht, politisch Einfluss auf die Ermittlungsbehörde zu nehmen – kurz bevor Halles Oberstaatsanwältin Heike Geyer das Verfahren einstellte. Andererseits sahen Nötzel und Montag keine weiteren Ermittlungsansätze.

Die Arbeit der Sonderberater würfen Licht auf die »erschreckenden Verhältnisse« damals, sagte die Linke-Abgeordnete Henriette Quade. Sie verstehe zwar, dass verschwundene Beweismittel, Verschleppung und Falschaussagen von Polizisten nicht zu korrigieren seien. »Das schließt aber die politische Aufarbeitung nicht aus«, mahnte sie. Diese sei sogar »wegen deutlicher Hinweise auf politische Einflussnahme zwingend geboten«. Statt dessen blockten vor allem CDU und AfD alles ab. Auch könne der Bericht nicht vollständig sein, weil die Sonderberater des Landtags nicht mit Richtern und Staatsanwälten sprechen durften. Quades Fraktion forderte Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) auf, die Justizministerin abzusetzen. »Wer bewusst täuscht, ist in dieser Position untragbar«, rügte sie.

Keding bestritt die Vorwürfe. Sie habe am 28. September 2017 noch nicht wissen können, ob das Verfahren tatsächlich eingestellt wird. Dazu ist anzumerken, dass zu dieser Zeit seit einem Monat die Einstellungsbegründung der Staatsanwaltschaft Halle vorlag. Jens Kolze (CDU) warf der Linksfraktion »Rücktrittsfolklore« vor. Der Fall sei für ihn im Parlament abgeschlossen. AfD-Politiker Thomas Höse ätzte, Jalloh sei selbst schuld an seinem Feuertod, da er nicht gesetzestreu gewesen sei. Die SPD-Abgeordnete Silke Schindler erklärte, man sei nun doch für einen Untersuchungsausschuss in der nächsten Legislaturperiode. Auch die Grünen wollen sich dem »nicht mehr verschließen«.

